

05. Juli 2007

[KAS-Länderberichte](#)[Homepage KAS](#)

Nach dem Gipfel von Sharm El Sheikh

Nach der Übernahme der Kontrolle über den Gazastreifen durch die radikalislamische Hamas ist nun eines der entscheidenden Probleme die Stabilisierung der Sicherheitssituation im Westjordanland. Dies ist auch für Israel von größter Bedeutung. Sollte es etwa demnächst einen Anschlag in Israel geben, der aus dem Westjordanland heraus ausgeführt wird, oder gar Qassamraketen, wie sie noch weiterhin aus dem Gazastreifen auf Israel abgefeuert werden, könnten selbst die kleinen Hoffnungszeichen der vergangenen Tage zunichte gemacht werden.

Der Premierminister der palästinensischen Notstandsregierung, Salam Fayad, hat nach dem Gipfel in Sharm El Sheikh erklärt, dass die Kontrolle der Sicherheitsdienste auch für seine Regierung ganz oben auf der Prioritätenliste stehe. Fayad ist klar – wie auch Palästinenserpräsident Abbas –, dass ohne eine Kontrolle der verschiedenen Milizen und Sicherheitsdienste eine Konsolidierung der Macht nicht möglich ist.

Diese zentrale Kontrolle war und ist nicht nur eine Forderung der israelischen Regierung, die Ministerpräsident Olmert in Sharm El Sheikh wiederholt hatte. Auch die Road Map sah als erste Stufe die Kontrolle der Sicherheitsdienste vor. Palästinenserpräsident Abbas hat dies bisher nicht durchsetzen wollen oder können. Nun scheint er entschlossen, diesen Schritt – auch im eigenen Interesse – zu gehen. Dabei hat er nicht nur militanten Gruppen der Hamas das Tragen von Waffen verboten, sondern auch der Fatah nahestehenden Gruppen wie den Al Aqsa Brigaden. Die Sicherstellung des Gewaltmonopols ist damit nicht nur eine Maßnahme gegen die

Hamas im Westjordanland, sondern geht darüber hinaus. Ob die Notstandsregierung unter

Salam Fayad und Präsident Mahmud Abbas in der Lage ist, diesen Schritt auch konsequent umzusetzen, bleibt indes abzuwarten. Nicht vergessen darf man, dass die Lage im Westjordanland auch deshalb einigermaßen ruhig ist, weil dort noch in weiten Teilen die israelische Armee die Kontrolle hat - anders als im Gazastreifen, den die Armee vor zwei Jahren geräumt hatte.

Inzwischen hat auch die Hamas im Gazastreifen damit begonnen, Milizen für illegal zu erklären und Waffen einzusammeln, um so ihrerseits Macht im Gazastreifen abzusichern. Damit hat sie auch der Fatah gezeigt, wie man Macht konsolidieren kann.

Derweil ist man in Israel gespalten, wie man mit der Situation im Gazastreifen umgehen soll: In Umfragen sind etwa genauso viele Israelis für eine militärische Aktion gegen Hamas (43%) wie dagegen (42%). Die große Sorge ist, dass nun noch mehr und gefährlichere Waffen in den Gazastreifen geschmuggelt werden. Eine internationale Truppe, welche die Grenze zu Ägypten kontrollieren könnte, wird es nicht geben, da sie nach der jüngsten Ankündigung der Hamas zum Widerstand sofort Konfliktpartei wäre. In den letzten Tagen ist die israelische Armee nur gezielt gegen die Kämpfer der Hamas vorgegangen, welche der Grenze zu Israel zu nahe kamen, um so den Abschuss von Qassamraketen zu verhindern.

In Israel befürchtet man weiterhin, dass Abbas zu schwach ist und die Hamas auch im Westjordanland putschen und die Macht übernehmen könnte. Zunächst hat Abbas mit

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Auslandsbüro Israel

DR. LARS HÄNSEL

03. Juli 2007

[KAS-Länderberichte](#)

[Homepage KAS](#)

der Notstandsregierung etwas Zeit gewonnen. Allerdings steht er auch im Kampf um die Legitimation mit der Hamas in Konkurrenz: Ismail Hanija sieht sich weiterhin als legitimer und demokratisch gewählter Premierminister, was im innerpalästinensischen Diskurs auch im Westjordanland nicht ohne Folgen bleibt. Die Hamas ist nach israelischen Informationen immer noch vor allem auf dem Land stark.

Entsprechend der palästinensischen Verfassung kann die Notstandsregierung nur einen Monat im Amt bleiben und dann maximal um einen Monat verlängert werden. Danach entscheidet das Parlament, was entweder eine Einigung mit der Hamas oder Neuwahlen bedeutet. Eine Einigung mit Hamas, welche insbesondere Ägypten und Saudi Arabien anstreben, scheint trotz eines Gesprächsangebots der Hamas, welches von Palästinenserpräsident Abbas abgelehnt wurde, derzeit genauso undenkbar wie Neuwahlen, welche mit oder ohne Beteiligung der Hamas die Macht von Abbas in Frage stellen würden. Abbas und die PLO beurteilen die Lage allerdings rechtlich anders: nach Ihrer Auffassung ist das Zentralkomitee der PLO die Autorität, welche über die Regierung letztlich entscheidet. Insgesamt ist die rechtliche Lage zumindest unklar und es wird auf die Legitimation in den Augen der palästinensischen Öffentlichkeit ankommen. Das Auslaufen der Frist für die Notstandsregierung könnte Abbas deshalb bald schon wieder in Schwierigkeiten bringen.

Aber Abbas hat noch weitere Probleme: Die Trennung des Gazastreifens von der Westbank hilft ihm zwar im Moment. Allerdings ist diese Trennung weder politisch durchzuhalten, noch dient sie der nationalen palästinensischen Sache. Der israelische Ministerpräsident Olmert hat angekündigt, sich nun alle zwei Wochen mit Präsident Abbas treffen zu wollen. In dem Maße, wie es in diesen Gesprächen um langfristige Absprachen, oder sogar einen palästinensischen Staat geht, werden wohl die Forderungen der Palästinenser an Präsident Abbas lauter werden, seine Macht auch im Gazastreifen wieder herzustellen und Lösungen für beide Teile zu suchen. Das könnte ihn vor unlösbare Aufgaben stellen.

In Israel diskutiert man deshalb jetzt öffentlich um die Frage: Was kann man tun, um Abbas zu stärken? Inzwischen hat Israel die Freigabe von palästinensischen Steuergeldern angekündigt, die zurückgehalten wurden, weil man befürchtete, dass sie in die Hände der Hamas gelangen und zu Terror gegenüber Israel genutzt werden könnten. Diese Gelder werden nun an die Notstandsregierung fließen. Außerdem hatte Ministerpräsident Olmert auf dem Gipfel in Sharm El Sheikh die Freilassung von 250 palästinensischen Gefangenen angekündigt. Gleichzeitig will Israel aber vermeiden, Ministerpräsident Abbas und die Notstandsregierung als Marionetten Israels erscheinen zu lassen. Dies stellt Israel vor ein Dilemma.

Auf palästinensischer Seite hat Israel nun zwei Adressen: im Gazastreifen gibt es zum ersten Mal nach dem Rückzug aus Gaza eine Kraft, die unbestritten die Macht ausübt, aber per definitionem kein Gesprächspartner ist, weil sie Israel nicht anerkennt. Im Westjordanland regiert eine Notstandsregierung mit unklarer Perspektive und Präsident Abbas, dessen Zukunft unsicher ist.

Aber auch die israelische Regierung ist in keiner starken Position: hier scheint momentan alles im Zeichen des politischen Überlebens zu stehen.

Spätestens seit dem ersten Bericht der Winograd-Untersuchungskommission, welche der Regierung Olmert massives Versagen im vergangenen Libanonkrieg angelastet hatte. Inzwischen hat Olmert wieder etwas Boden gewonnen. Zum einen hat ihm geholfen, dass Nobelpreisträger Shimon Peres von Olmerts Kadima-Partei zum neuen Staatspräsidenten gewählt wurde. Außerdem hat sich die Koalition etwas stabilisiert, auch wenn weiterhin die rechts-nationale Koalitionspartei Israel Beteinu Olmert unter Druck setzt, keine weiteren Konzessionen gegenüber den Palästinensern einzugehen. Die Ankündigung der Freilassung von 250 palästinensischen Gefangenen, die Israel Beteinu für einen Fehler hält, hat bereits zu starken Spannungen geführt.

Von der anderen Koalitionspartei hat Olmert momentan keine besonderen Schwierigkeiten

[Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.](#)

Auslandsbüro Israel

DR. LARS HÄNSEL

03. Juli 2007

[KAS-Länderberichte](#)

[Homepage KAS](#)

zu erwarten. Der Verteidigungsminister des Libanonkrieges, Amir Peretz, hatte in den internen Wahlen der Arbeitspartei massiv verloren und die Führung an den ehemaligen Ministerpräsidenten Ehud Barak abgeben müssen. Ministerpräsident Olmert hat nun Ehud Barak als neuen Verteidigungsminister am Kabinetttisch. Barak hatte zunächst angekündigt, nicht aus der Koalition ausbrechen zu wollen. Er will diesen Schritt aber in jedem Fall gehen – nach der Veröffentlichung des zweiten Teils des Winograd-Berichts, die nun auf Oktober verschoben wurde. Für Ministerpräsident Olmert dürfte wohl der zweite Teil des Berichts weniger gefährlich sein – es sei denn, die Kommission fordert explizit den Rücktritt des Ministerpräsidenten. Gefährlicher als der Bericht selbst dürfte aber dann Barak für Olmert werden, der bis dahin genug Zeit gehabt haben wird, sich für einen Wahlkampf zu rüsten und durch einen Rückzug aus der Regierung Neuwahlen provozieren könnte. Nach allen Umfragen hat die Kadima-Partei weder unter Olmert, aber auch nicht unter Führung von Außenministerin Tzipi Livni, die Chance, wieder Mehrheiten für eine Regierungsbildung zu erlangen. Kadima kann deshalb keinerlei Interesse an Neuwahlen haben. Stark ist vor allem Oppositionsführer Benjamin Netanjahu, aber auch die Arbeitspartei unter Barak hat zugelegt.

In dieser Situation sieht es nicht nach nachhaltigen Entwicklungen hin zu einer Lösung des Konfliktes aus, auch nicht nach einem "neuen Anfang", wie von Ehud Olmert in Sharm El Sheikh verkündet. Eher ist zu erwarten, dass es weiterhin um ein Management der Konfliktsituation geht mit den bekannten Problemen. Nach dem Libanonkrieg und nun der Machtübernahme der Hamas im Gazastreifen ist die Übergabe von Territorium an die Palästinenser als Voraussetzung für die Errichtung eines palästinensischen Staates in weite Ferne gerückt. Ob Einfluss von außen neue Impulse für eine Lösung bringt, bleibt abzuwarten. Die Ernennung von Tony Blair zum neuen Sondergesandten des Quartetts (mit stark eingeschränktem Mandat) hat in Israel positive Reaktionen ausgelöst. Die Palästinenser sind gespalten: zu sehr wird Blair mit dem Irakkrieg verbunden und als Unterstützer der Bush-Regierung gesehen. Präsident Bush seinerseits hat seine für diese Tage

geplante Rede zur Erinnerung an die Präsentation seiner „Vision einer Zwei-Staaten-Lösung“ vor fünf Jahren um unbekannte Zeit verschoben.